

Peter A. Vogt
Einwohnerrat Riehen, SVP

An: DMU	<input checked="" type="checkbox"/> Bearbeitung <input type="checkbox"/> dir. Erledig. <input type="checkbox"/> z.K.	Kop: CR
Bem. / Frist:		Vis: AV
	12. DEZ. 2014	Gemeinde Riehen
FF:	<input type="checkbox"/> Bearbeitung <input type="checkbox"/> dir. Erledig. <input type="checkbox"/> z.K.	Kop:
Bem. / Frist:		Vis:
	Reg. Nr: 14-18.531.01	

Interpellation:

Gegen einen faulen Kompromiss betr. BASF-Deponie in Grenzach-Wyhlen

Während Roche eine vorbildliche und fachgerechte Entsorgung ihres Areals bei der Kesslergrube vornehmen wird, will BASF ihre mit Giftstoffen belastete Deponie nur einkapseln. Eine Massnahme, die als Dauerlösung in der Schweiz nicht gestattet ist. Dass Firmen nach kostengünstigen Lösungen suchen, ist verständlich. Dass Behörden solche ungenügenden Massnahmen genehmigen, ist bedenklich. Das Landratsamt Lörrach hat angeblich diese Einkapselung der BASF-Deponie bewilligt.

Dass das Landratsamt Lörrach dem Grundwasserschutz keine besonders grosse Beachtung schenkt, wissen wir seit dem Bau der Zollfreistrasse (siehe Interpellation J. Sollberger), wo das Landratsamt ebenfalls keine wirksamen Massnahmen verlangt. Das für Basel-Stadt zuständige AUE erweckt ebenfalls den Eindruck, nicht wirklich an einer Beseitigung der Gefahr der Trinkwasserverschmutzung durch die BASF-Deponie interessiert zu sein.

Die Basler Behörden und die IWB scheinen sich bereits im Vorfeld darauf verständigt zu haben, ein Alarmkonzept für Störfälle aufzubauen.

Es ist meiner Meinung nach verantwortungslos ein Alarmsystem für Störfälle aufzubauen, statt eine sorgfältige und nachhaltige Sanierung der Deponie vorzunehmen.

In einem gravierenden Störfall kann die Basler- und Weiler-Bevölkerung nämlich nicht zum Wasser der Wiese ausweichen, weil auch die Wiese immer wieder mit Giftstoffen belastet ist.

Wer bei der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung nicht grösstmögliche Sorgfalt walten lässt, handelt verantwortungslos. Ich erwarte deshalb vom Gemeinderat Riehen, dass er den Entscheid des Landratsamtes Lörrach juristisch anfecht.

Vielleicht sind richterliche Behörden weniger voreingenommen und schützen die vitalen Interessen der Bevölkerung wirksamer.

Meine Fragen:

1. Was hält der Gemeinderat Riehen vom Beschluss, die Deponie BASF einzukapseln?
2. Warum verlangen das AUE und die IWB nicht eine Sanierung, wie sie Roche vornimmt?
3. Wer bezahlt den Schaden bei einem Störfall?
4. Können die Bewilligungsbehörden bei einem Störfall zur Verantwortung gezogen werden und mit welchen Konsequenzen?
5. Was wird der Gemeinderat in dieser Angelegenheit unternehmen, um die Interessen der Bevölkerung zu schützen?

Riehen, 12.12.2014

P. A. Vogt